V-50 Kreis statt Krise: Die Kreislaufwirtschaft als Schlüssel für den Schutz natürlicher Lebensgrundlagen und industriepolitische Souveränität

Antragsteller*in: Sandra Detzer (KV Ludwigsburg)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

Jüngst hat die chinesische Regierung neue Exportbeschränkungen für Seltene Erden und andere Rohstoffe erlassen. Das zeigt: Die Verfügbarkeit von Rohstoffen ist zum politischen Druckmittel geworden und wird als ökonomische Waffe eingesetzt. In dieser Situation entscheiden Dritte darüber, ob in Deutschland und Europa Produktionsprozesse funktionieren oder Lieferketten gestört sind. Das ist nicht hinnehmbar.

Die Kreislaufwirtschaft ist gerade in diesen geopolitisch schwierigen Zeiten weit mehr als Mülltrennung – sie ist ein Schlüssel zum Schutz unserer Lebensgrundlagen, zu industriepolitischer Stärke und geopolitischer Souveränität. Die viel zu große deutsche Abhängigkeit von scheinbar günstigem Pipelinegas aus Russland hat es für alle sichtbar gemacht: Deutschland und Europa dürfen nicht erpressbar sein. Und Abhängigkeiten gefährden unseren Wohlstand und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Vor dem Hintergrund ist unverständlich, dass beispielsweise die Düngeindustrie immer noch so abhängig von russischem Phosphor ist. Deutschland könnte längst Technologieführer beim Phosphorrecycling sein und damit Lieferant für umweltfreundlicher P-Rezyklate. Die Kreislaufwirtschaft ist also ein Schlüssel für Rohstoffsicherheit und stärkt die wirtschaftliche Widerstandskraft unseres Landes. Gerade angesichts geopolitischer Unsicherheiten braucht es Geschäftsmodelle, die nachhaltigen Wohlstand UND Resilienz miteinander vereinbaren.

Wir verstehen die Kreislaufwirtschaft als ein starkes Leitbild, bei dem der zirkuläre Einsatz von Ressourcen im Zentrum steht. Umfasst sind Produktdesign und Produktionsbedingungen wie z. B. Reparatur- und Recyclingfreundlichkeit, die Lebensdauer von Produkten und deren Wiederverwendung – kurz: alle Phasen der Wertschöpfung von der Produktgestaltung und Produktion über den Gebrauch und die Reparatur bis hin zur Wiederverwendung und Wiederverwertung. Das macht die Kreislaufwirtschaft nach dem Wiege-zu-Wiege-Prinzip (Cradle-to-Cradle) zu einem zentralen Instrument nicht nur für Ressourcenschutz, sondern auch für eine künftige Industriepolitik und neue Geschäftsmodelle.

Die Kreislaufwirtschaft ist Garant für eine nachhaltige Art des Wirtschaftens, die den Umwelt- und Klimaschutz mit innovativen Geschäftsmodellen verbindet. Indem wir Rohstoffe im Kreislauf führen, können wir unsere Klimaziele einhalten, Rohstoffsouveränität stärken, Wohlstand erneuern und die Zerstörung der Natur für den Abbau von Ressourcen begrenzen. Gerade für den Mittelstand bietet die erfolgreiche Umsetzung von zirkulären Produkten und Geschäftsmodellen neue Chancen.

Bündnis 90/Die Grünen sind Partner der vielen Akteure von den Kommunen, über die Zivilgesellschaft zu Start-ups und etablierten Unternehmen, die weg wollen vom linearen hin zu zirkulärem Wirtschaften. Viele Unternehmen der

Kreislaufwirtschaft leisten hier schon heute einen entscheidenden Beitrag. Sie sichern regionale Wertschöpfung, Innovation und Beschäftigung in ganz Deutschland. Das macht die Kreislaufwirtschaft zu einer zentralen Säule der Mittelstands- und Industriepolitik. Und die umweltpolitische Notwendigkeit liegt auf der Hand: Der weltweite Ressourcenverbrauch liegt weit über dem, was uns die Erde an natürlichen Ressourcen zur Verfügung stellen kann. Das wird nicht zuletzt durch das jährlich frühere Eintreten des Weltüberlastungstags deutlich.

Die wirtschaftliche Reife der Kreislaufwirtschaft unterscheidet sich im Moment noch erheblich nach Stoffstrom. Während Stahl oder Aluminium zu bis zu 90 Prozent wiederverwertet werden, sind es bei anderen Rohstoffen wie Seltenen Erden noch Wiederverwertungsquoten von unter 1 Prozent. Im Stoffstrom Textilien zeigen sich die Grenzen der bisherigen Systeme: Nur ein Bruchteil der Materialien wird stofflich wiederverwertet, weil Sammel-, Sortier- und Recyclingstrukturen fehlen. Damit gehen wertvolle Rohstoffe verloren, es bleiben Chancen für Wertschöpfung und Innovation ungenutzt. Hier würden gezielte Investitionen in Recyclingkapazitäten und verbindliche Anforderungen an Design und Wiederverwendung Abhilfe schaffen. Im Gesamtblick ist die gute Botschaft: Die Kreislaufwirtschaft in Deutschland ist an vielen Orten längst Realität. Es kommt nun darauf an, die hervorragenden Einzelbeispiele zu skalieren und sie in der Fläche des Landes auszurollen, damit das Denken in Kreisläufen zum Standard wird. Der Ausbau der Kreislaufwirtschaft darf kein Nischenthema bleiben, er ist auch ein industriepolitisches Zukunftsprojekt, das strategisch koordiniert werden muss.

Damit die Kreislaufwirtschaft in ihrer Breite zum Erfolg wird und viele Betriebe auf zirkuläres Wirtschaften umstellen, wollen wir folgende Maßnahmen vorantreiben:

1 Innovationskraft der Kreislaufwirtschaft stärken, Geschäftsmodelle ermöglichen und faires Level-Playing-Field schaffen

Für den Hochlauf der Kreislaufwirtschaft wollen wir jetzt die richtigen Rahmenbedingungen schaffen: mit Planungssicherheit und attraktiven Investitionsmöglichkeiten für Unternehmen. Dafür braucht es digitalisierte und einfache Verwaltungsabläufe, schlanke Genehmigungsprozesse und synchronisierte Normen, die gut ineinandergreifen und sich nicht widersprechen. Mit abfallenden Verordnungen wollen wir sicherstellen, dass die Abfalleigenschaft entfällt, wenn Materialien bestimmte Anforderungen an Wiederverwendung erfüllen. Nur wenn unsere Unternehmen faire und verlässliche Bedingungen vorfinden, können sie die Kreislaufwirtschaft mit innovativen Lösungen vorantreiben. Wir unterstützen die EU dabei, für die Kreislaufwirtschaft ein europaweites Level-Playing-Field zu schaffen und sie als wichtigen Bestandteil einer europäischen Industriepolitik zu begreifen. Noch immer fördern wir beispielsweise die Produktion von Virgin Plastic durch Ausnahmen bei der Energiesteuer. Das trägt dazu bei, dass der Marktpreis für eine Tonne PET-Rezyklat in diesem Jahr um bis zu 700 Euro teurer ist als für eine Tonne frisches PET. Wir wollen gezielt steuerliche, fiskalische und ordnungspolitische Anreize schaffen, um den Einsatz von Rezyklaten gegenüber Neuware attraktiver zu machen. Rezyklatquoten wollen wir für zentrale Anwendungsbereiche. Heimische Unternehmen müssen vor falsch deklarierten Produkten geschützt werden, hier braucht es eine bessere Ausstattung der Behörden. Außerdem wollen wir gezielt die Forschungsförderung erhöhen, wo die

zirkulären Lösungen nach dem Cradle-to-Cradle-Prinzip entwickelt werden mit besonderem Schwerpunkt auf Technologietransfer und Skalierung. Hier könnten Kommunen, Länder und der Bund auch Wettbewerbe ausloben, die den Technologietransfer und die Skalierung sichtbar machen und in die Fläche tragen.

2 Digitalisierung für Kreislaufwirtschaft nutzen

Analog zum digitalen Gebäuderessourcenpass und digitalen Batteriepass werden wir die Umsetzung des digitalen Produktpasses unterstützen, mit dem Quantität und Qualität der Materialien erfasst werden. Nur wer weiß, was in den Produkten steckt, kann die einzelnen Bestandteile gut im Kreislauf führen. Die Ausweitung auf Textil, Metalle oder Bauprodukte unterstützen wir. Speziell in der Kombination mit zirkulären Geschäftsmodellen wie Leasing oder Product-as-a-Service-Angeboten sind digitale Produktpässe ein zielführender Hebel, um Ressourcen und Materialien in technischen Kreisläufen zu halten. Die Umsetzung digitaler Produktpässe praktikabel und verhältnismäßig sein, die Datensouveränität der Betriebe bleibt gewährleistet.

3 Klimatechnologien kreislauffähig machen, Batterierecycling stärken

Die neue EU-Batterieverordnung schafft erstmals einen umfassenden Rahmen, der den gesamten Lebenszyklus von Batterien in den Blick nimmt – von der Rohstoffgewinnung über Produktdesign und Kennzeichnung bis hin zu Sammel-und Recyclingpflichten. Damit werden die richtigen Weichen gestellt. Wir fordern ein wirksames und einfach umsetzbares Pfandsystem für bestimmte Lithium-Ionen-Batterien, mindestens für einzelne Batteriearten wielithiumhaltige, nicht eingebaute Gerätebatterien, haushaltsnahe Industriebatterien oder in Elektronikgeräte eingebaute lithiumhaltige Gerätebatterien, einzuführen. Besonders Autobatterien wollen wir ein zweites Leben geben und ihre Nachnutzung fördern. Mit einer bundesweiten Informationskampagne unter dem Motto: „Schenk deiner Batterie ein zweites Leben“ bringen wir das Verbraucherbewusstsein voran und stärken Rückgabe und Entsorgung von Batterien. Der von der Ampel auf den Weg gebrachte Rohstofffonds muss zügig die konkrete Projektförderung aufnehmen und dabei auch Projekte der Kreislaufwirtschaft unterstützen.

4 Design for Recycling und fairer Wettbewerb bei Kunststoffen fördern

Produkte sollen so designt sein, dass sie recyclingfähig sind. Die Öko-Design-Richtlinie ist dafür ein wertvolles Instrument, das unbürokratisch umgesetzt werden muss und Schutz bieten muss vor unfairen Importen. Wir brauchen fairen Wettbewerb – gerade für den Markt der Kunststoffrezyklate. Hier wollen wir u. a. die Preisdifferenz zwischen Neuware und Recyclingware aufheben und gleiche Standards für alle. Chemisches Recycling darf es nur mit transparentem Mass Balancing, effektiven Kontrollmechanismen und einer klaren Priorisierung des mechanischen Recyclings in der Abfallhierarchie geben. Außerdem brauchen wir einen wirksamen Schutz der nationalen Recyclingwirtschaft vor Rezyklatimporten, die nicht LPF-Standards entsprechen.

5 Ökologisch beschaffen – Sondervermögen zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft nutzen

Kreislauffähigkeit muss zum neuen Standard in der Beschaffung werden. Mit unserer Zustimmung zum Sondervermögen haben wir die dringend notwendigen Investitionen in öffentliche Infrastrukturen ermöglicht. Jetzt muss dieses Geld

auch sinnvoll eingesetzt werden, um nachhaltiges Wirtschaften zu stärken und innovativen Produkten und Geschäftsmodellen zum Durchbruch zu verhelfen. So zahlen sich diese Investitionen noch stärker für unsere Gesellschaft aus.

Damit bei der Beschaffung Kreislauf das neue Normal wird, wollen wir das Kreislaufwirtschaftsgesetz ändern und eine Verpflichtung zur Berücksichtigung von kreislauffähigen Produkten einführen. Wir wollen gemeinsam mit den Unternehmen ein einheitliches Recyclinglabel einführen.

Sekundärbaustoffe wollen wir als Produkt anerkennen, um die Bauwirtschaft beim Einsatz von zirkulären Produkten zu unterstützen und es privaten Bauträger*innen und Kommunen einfacher zu machen, zirkuläre Produkte einzusetzen. Dies gilt insbesondere für den Einsatz von Recyclingbeton und -zement. Anders als auf EU-Ebene, wo die novellierte Bauprodukteverordnung keine konkreten Anreize für zirkuläres Bauen setzt, können wir damit vorangehen und die öffentliche Beschaffung sowie die Bauwirtschaft zum Motor einer erfolgreichen Kreislaufwirtschaft machen.

weitere Antragsteller*innen

Dennis Helmich (KV Halle); Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Michael Jahn (KV Esslingen); Patrick Vexler (KV Stuttgart); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Nicolas Völcker Ortega (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Stanislav Elinson (KV Leipzig); Samuel Staiger (KV Ludwigsburg); Hannes Sturm (KV Freiburg); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Jakob Mangos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Michael Kellner (KV Uckermark); Michael Gross (KV Biberach); Ingrid Hönlinger (KV Ludwigsburg); Tobias Hocke-Beck (KV Göppingen); Gabriele Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); Uwe Janssen (KV Esslingen); Christian König (KV Garmisch-Partenkirchen); Moritz Franz-Gerstein (KV Göppingen); sowie 32 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.